

Riesfaer Tageblatt



Verlagsdruckerei
Tageblatt Riesfaer
Herrnstr. Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesfaer, des Rates der Stadt Riesfaer, des Finanzamts Riesfaer und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Tresden 1530.
Strohofstr.
Riesfaer Nr. 52.

Nr. 293.

Donnerstag, 15. Dezember 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfaer. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorklieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesfaer. Geschäftsstelle: Seefischstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesfaer; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesfaer.

Rede des Wirtschaftsministers auf der Industrietagung.

Programmatische Ansprache des Vorsitzenden Dr. Krupp v. Bohlen und Halbach. — Der Reichswirtschaftsminister spricht optimistisch zur wirtschaftspolitischen, der Reichsfinanzminister zur finanzpolitischen Lage.

14. Dezember, 14. Dezember. Die heutige Hauptansprache des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wurde durch eine programmatische Ansprache des Vorsitzenden Dr. Krupp von Bohlen und Halbach eröffnet. Der Redner gab einen Rückblick auf das vergangene Jahr, das auf internationalem Gebiet vor allem den endgültigen Schlusssatz unter die ungelöste Reparationsfrage gesetzt habe. Günstige Aussichten auf dem Welt- und Rohstoffmarkt ließen die Hoffnung zu, daß der Tiefstand der Krise überwunden sei. Innerpolitisch habe das vergangene Jahr insbesondere die sehr bedeutungsvollen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Maßnahmen des Kabinetts Papen gebracht. Ihre Grundtendenzen, daß die wesentliche Kraft im Wirtschaftsleben die persönliche Initiative sei, habe eine gewisse Vertrauenswelle hervorgerufen. Inzwischen seien Ansätze zu einer Belebung der Wirtschaft und zu einer Verminderung der Arbeitslosigkeit als erste Auswirkungen der Notverordnungen zu beobachten. Es wäre verhängnisvoll, wenn der Einfluß aller produktiven Kräfte der Wirtschaft durch parteipolitische Umstände zunichte gemacht werden würde. Die Regierung schreide möge die Grundlinien des Programms Papens wahren, und vor allem Kredit- und währungspolitische Experimente verhindern. Es müsse ein Strich gezogen werden vor allem unter das hohe Kapitel Subventionswirtschaft. Jeder, der um staatliche Subventionen gekommen sei, aber auch jeder, der ein Werk leiste, das mit Verlust arbeite, sollte sich hinsichtlich seiner Ansprüche auf feste Bezüge die größte Zurückhaltung auferlegen und sich besser mit der Hoffnung begnügen, sich in besseren Zeiten durch Beteiligung am Gewinn ein zusätzliches Entgelt für seine Arbeiten und für seine Verantwortung zu verschaffen. Dr. Krupp von Bohlen und Halbach schloß seine Ausführungen mit dem Bemerken, daß er die Grundbedingungen für eine Besserung der wirtschaftlichen Lage heute durchaus in günstigerem Maße sehe, als vor einem Jahre.

Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold

ergriff darauf das Wort zu einer Ansprache, in der er ausführte: In einer bewegten Zeit muß jeder, der Verantwortung trägt, sich Rechenschaft geben darüber, wo man steht, und wie die wirtschaftlichen Tatsachen zu bewerten sind. Dabei hat man zu unterscheiden zwischen den realen wirtschaftlichen Tatsachen, die sich aus der Realisierung ziffernmäßig ergeben und den stimmungsmäßigen Faktoren, die das Handeln der wirtschaftenden Menschen beeinflussen. Es kann sehr wohl die psychologische Einstellung der Leiter der Unternehmen schlechter oder besser sein, als es die realen Faktoren rechtfertigen. Heute scheint mir eine solche Situation gegeben zu sein, und zwar derart, daß die stimmungsmäßige Beurteilung der Lage vielfach ungünstiger ist, als es die Wirtschaftsziffern zulassen. Das hat, soweit ich sehe, zwei Ursachen: einmal die allgemeinen politischen Momente. Ich möchte, da ich der Tagespolitik fernstehe, hierauf nicht näher eingehen. Nur soviel sei gesagt, daß wir nach der besagten Werturteilung durch die politischen Vorgänge der letzten Zeit hoffen dürfen, nunmehr vorerst eine wesentliche Verheilung zu erleben. Die zweite Ursache liegt darin, daß die Ansichten für eine wirtschaftliche Belebung in der Welt, die wir seit Mitte des Sommers zu verzeichnen haben, zu weitgehende Hoffnungen hinsichtlich des Tempos der Ueberwindung der Krise ausgelöst haben.

Das Wirtschaftsprogramm des 4. September hat drei Hauptteile: 1. die Zuführung von Steuerzuschüssen an die Wirtschaft für Steuerentrichtung, 2. die ebenfalls in Form von Steuerzuschüssen zu gewährenden Beschäftigungsprämien und 3. eine Arbeitsbeschaffung in Höhe von etwas mehr als 1/2 Milliarde Reichsmark. In diesen drei Maßnahmen wird die neue Reichsregierung festhalten. Bei allem aber steht die Realisierung zum größten Teil noch bevor.

Die Arbeitsbeschaffung

bedarf naturgemäß eines gewissen Anlaufzeitraums. Er wird insbesondere durch die technischen Vorbereitungen bedingt. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß heute, drei Monate nach Verkündung des Wirtschaftsprogramms, die Arbeitsbeschaffung erst auf Teilgebieten wirksam geworden ist. Bei einem Gesamtüberblick wird man daher eine pessimistische Beurteilung des Wirtschaftsprogramms als vorläufige Beurteilung müssen. Es erscheint mir an der Zeit, in die Erinnerung zurückzurufen, daß man vielfach, und zwar mit einem gewissen Recht, das Wirtschaftsprogramm als einen Einjahresplan bezeichnet hat. Man soll sich dessen bewußt bleiben, daß von diesem Jahre praktisch erst 2 1/2 Monate, also noch nicht einmal ein Vierteljahr praktisch verstrichen ist.

Der Minister gab sodann allernähere Belege für die gegenwärtige wirtschaftspolitische Lage und sagte u. a.: Auch die nächsternste Betrachtung dieser Ziffern kann nicht leugnen, daß hier eine Wendung eingetreten ist. Es gilt für uns, diese Verhältnisse zu verheilen. Das wird insbesondere durch zwei Umstände geschehen: Einmal dadurch, daß die

bisherige Beschaffungsprogramme erst in der Zukunft in eine Anregung der wirtschaftlichen Tätigkeit umfassen wird, und dann dadurch, daß dieses Programm durch weitere zusätzliche Arbeitsbeschaffung ergänzt werden soll. Dabei werden einige wichtige Gesichtspunkte beachtet werden müssen. Obenon muß der Grundsatz stehen, daß nur solche Arbeiten gefördert werden dürfen, die volkswirtschaftlich nützlich sind und aus dem Zukunftsertrag verzinnt und getilgt werden können. Ferner sollten die Arbeiten vorzugsweise und in der Regel an Unternehmer vergeben werden. Diese Form der Arbeitsbeschaffung hat gegenüber der Form der Regierarbeiten den Vorteil, daß sie die private Initiative unmittelbar anregt und damit die allgemein wirtschaftliche Belebung wirksam und schnell fördert. Weiterhin wird man in der Regel nur kurzfristige Arbeiten übernehmen, damit sie, sobald die private Wirtschaft in das erlöbte erdhere Volumen hineingewachsen ist, alsbald abbrochen und abgebrochen werden können. Denn Arbeitsbeschaffung darf nur Notstandsmaßnahme sein und nicht zum Selbstzweck werden. Schließlich darf die Finanzierung nur in einer Form erfolgen, die in keiner Weise die Währung gefährdet. Man soll sich daran erinnern, daß wir drei Jahre hindurch überall und ausschließlich Abwärtsbewegung und Schrumpfung erlebt haben. Schon die Tatsache, daß diese ununterbrochene Abwärtsbewegung und Schrumpfung aufhört, hat, muß uns mit Befriedigung erfüllen. Wir können umso mehr eine schlagartige, sofortige Ausweitung und Aufwärtsbewegung erwarten. Dies ist so lange keine falsche Betrachtungsweise, als wir darüber nicht die noch bevorstehenden großen Aufgaben übersehen. Diese Aufgaben sind freilich noch außerordentlich schwer.

Weltwirtschaftlich muß gelöst werden das vollständige Problem der internationalen Verhältnisse. Weiterhin müssen die unerträglich gewordenen Handelsverhältnisse gemildert werden. Schließlich bedarf es einer endgültigen Stabilisierung der Währungen. Bei Fortdauer des gegenwärtigen Währungschaos in der Welt besteht die ernste Gefahr, daß alle Tendenzen zur Ausweitung des Welthandelsvolumens und damit der Weltproduktion durch die Wirkung der Währungsverschlechterung zunichte gemacht werden.

Auch innerwirtschaftlich stehen wir vor umfassenden Aufgaben. Ich brauche nur die Probleme der Kommunalfinanzen und der Bilanzvereinbarungen zu nennen. Vor allem aber ist Rückkehr des Vertrauens und der Ruhe erforderlich. Es gilt, die natürlichen Erscheinungen der Erholung zu verstärken durch eine stetige, Experimenten abholde Wirtschaftspolitik. Aufrechterhaltung der Währung ist hierfür dringendes Erfordernis. Die Preiswandelbarkeit muß — immer nur als notwendiges Übel — so lange beibehalten werden, bis die internationalen Schuldprobleme gelöst worden sind und die Reichsbank ihren Gold- und Devisenbestand erhöhen kann.

Insgesamt können wir heute feststellen, daß die Deflation hinter uns liegt. Wir werden alle Maßnahmen inflationistischen Charakters zu vermeiden haben, andererseits aber auch alle kurzfristige Verbessierungen nach oben. Wenn wir mit Geduld, Zähigkeit und festem, von einem unerschütterlichen Glauben an den Wiederaufstieg getragenen Willen an diese Zielsetzungen herangehen, wird es gelingen, die Ueberwindung der Wirtschaftskrise zu erreichen.

Anschließend wurde von Dr. Pietkowsky das Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der handelspolitischen Forderungen der Landwirtschaft erörtert. Der Vortragende leitete die von der Landwirtschaft geforderte Einfuhrkontingenterstellung für eine Reihe landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit der Begründung ab, daß eine Einfuhrbegrenzung der Landwirtschaft bei unverändertem Preisniveau zwar einen Mengenzuwachs, aber nur verschwindend geringe Besserung der Erträge bringen könnte. Bei der Frage der landwirtschaftlichen Rentabilitätssteigerung handele es sich aber um kein Mengen-, sondern um ein Preisproblem. Die Sanierung der Landwirtschaft könne daher nur durch Steigerung der industriellen Produktion und die Stärkung der Marktlautkraft erreicht werden. Die Verhältnisse in der Landwirtschaft insbesondere in der Veredelungswirtschaft müßten von der Kosten- wie von der Preisseite her in erster Linie durch innerdeutsche Maßnahmen behoben werden. Maßnahmen, die die Qualität, Zeit des Angebotes, privatwirtschaftliche Produktions- und Marktregelung umfassen. Der Vortragende schloß mit dem Wunsch, daß der Streit um die Kontingente der politischen Behandlung entrisse und die Diskussion auf die rein wirtschaftliche Basis zurückgeführt werden könnte. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es damit gelingen würde, Landwirtschaft und Industrie wieder zu der verhältnismäßigen Zusammenarbeit zu bringen, die einen dauerhaften inneren Veruhigung ausstrahlt.

Schließlich gab Geheimrat Dr. Kahl in großen Zügen einen Überblick über die kreditpolitische Situation, in dem er zunächst die Fragen erörterte, welche bei einer Verlang-

ung des Ende Februar 1933 ablaufenden deutschen Kreditabkommens von 1932 einer Lösung bedürfen. Im Anschluß daran wurden die Grundzüge der beiden neuen Gesellschaften, welche der Festigung des inneren Kreditgebäudes in Deutschland dienen sollen (Industriefinanzierungsgesellschaft und Tilgungskasse), erörtert. Schließlich richtete Geheimrat Kahl an die Versammelten den Appell, die Einrichtung der Steuergutscheine tatkräftig für den Zweck der Belebung der Wirtschaft, für den sie bestimmt seien, zu verwenden.

Die Chance für die Unternehmer

Berlin, 15. Dezember.

In seiner Rede vor dem Hauptauschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie knüpfte Reichsfinanzminister Graf Schöner von Krojitz an die Schlussworte des Vorsitzenden an, der eine Chance für das Unternehmertum verlangt habe. Diese Chance, so führte der Minister u. a. aus, sei der eigentliche Sinn und Zweck des Wirtschaftsprogramms des Kabinetts Papen gewesen, und an dieser Grundtendenz halte auch die gegenwärtige Regierung fest. An Hand ausführlichen Zahlenmaterials wies der Minister nach, daß von 1929 bis 1932 eine Verschlechterung der Staats von Reich, Ländern und Gemeinden um etwa 10 Milliarden RM festzustellen sei und betonte, daß am Ende einer solchen Entwicklung das Chaos oder die Inflation gestanden hätte, wenn man nicht mit allen Mitteln verhindert hätte, das Schiff der öffentlichen Finanzen zwischen Scylla und Charybdis hindurchzuführen.

Die Frage, ob es nicht leichtsinnig sei, durch Schaffung der Steuergutscheine künftige Jahre vorzubelasten, müsse dahin beantwortet werden, daß diese Vorbelastung gegenüber einem Rückgang in den öffentlichen Finanzen von 10 Milliarden RM von 1929 bis 1932 300 bis 500 Millionen Reichsmark pro Jahr ausmache. Man könne erwarten, daß eine Besserung der Konjunktur sich unbedingt in diesem nötigen geringen Umfang auswirken werde.

Unter das Kapitel Subventionen müsse ein Schlußstrich gezogen werden. Einmalige Mißbräuche, die sich bei der Durchführung des Wirtschaftsprogramms ergeben könnten, insbesondere die unrechtmäßige Inanspruchnahme von Steuergutschriften für Mehrbeschäftigung, müsse die Wirtschaft von sich aus bekämpfen, um das Ziel zu erreichen: ehrbare Wirtschaft in einem lauderen Staat, freie Wirtschaft in einem starken Staat.

Lohnförderungsverordnung durch Verordnung der Reichsregierung aufgehoben.

* Berlin. Im Reichsanzeiger wird eine Verordnung der Reichsregierung über die Aufhebung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit veröffentlicht. Die Verordnung trägt das Datum vom 14. Dezember und ist gezeichnet vom Reichskanzler, dem Reichsarbeitsminister, dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsernährungsminister. Sie hat folgenden Wortlaut:
Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung, sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14. Juni 1932, vierter Teil, Kapitel 1 (Reichsgesetzblatt 1 Seite 273, 283) und der Verordnung des Reichspräsidenten zur Verlegung der Wirtschaft vom 4. September 1932, zweiter Teil (Reichsgesetzblatt 1 Seite 425, 428), wird hiermit verordnet:

§ 1.

1. Die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 (Reichsgesetzblatt 1 Seite 433) tritt hinsichtlich ihres ersten Teils am 31. Dezember 1932, im übrigen am 31. Januar 1933 außer Kraft.

2. Hat ein Arbeitgeber am Tage der Verkündung der vorliegenden Verordnung von dem ersten Teil der Verordnung vom 5. September 1932 Gebrauch gemacht und nachweislich Aufträge übernommen, deren Erledigung ihm bei Wegfall der Tariflohnunterbrechung erheblichen Schaden verursachen würde, so kann auf seinen Antrag der Schlichter für den Betrieb oder die Betriebsabteilung mit bindender Wirkung anordnen, daß die Berechtigung oder Ermächtigung zur Tariflohnunterbrechung unter den bisherigen gesetzlichen Voraussetzungen bis zum 31. Januar 1933 bestehen bleibt. Anträge, die nach dem 31. Dezember 1932 bei dem Schlichter eingehen, sind nicht zu berücksichtigen.

§ 2.

Die Verordnung tritt am Tage der Verkündung in Kraft.